Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Mittwoch, 11. Juli 2012
Ausgabe 130
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **4**
Meldungen **4**
› 25 Jahre Erhaltungssatzungen in München 4
› Bauleitplan Hochäckerstraße: Beteiligung der Bürger 10
› Ausstellung „1900 - 2000 – Das München Jahrhundert“ 11
› Präsentation der Deutschen Meisterschule für Mode 11
› Kunstaktion „Raus aus dem Depot!” auf der Corneliusbrücke 12
› 6. Tag der Laienmusik im Gasteig 13
› 40 Jahre Taekwondo an der Münchner Volkshochschule 13
› „Wachs“ von Martin Fengel im Museum Villa Stuck 14
› Kocherlball am Chinesischen Turm 15
› Infoabend „Ärger – wenn der Nachbar baut, saniert, erweitert“ 15
› Führungen für Kinder in der Sammlung Puppentheater 16
› Führung durch die Ausstellung „Typographie des Terrors“ 16
Antworten auf Stadtratsanfragen **17**
› Empfang der Landeshauptstadt München zum Newrozfest weiterentwickeln 17
› Gleichmäßige Qualität für alle BAs beim Ratsinformationssystem (BA-RIS) 18

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **20**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Donnerstag, 12. Juli, 12.15 Uhr, Marienplatz
Vom 22. bis 30. September findet auf der Theresienwiese das 125. Zentrallandwirtschaftsfest (ZLF) statt. Helmut Brunner, Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, überbringt die Einladung an Oberbürgermeister Christian Ude und die Münchnerinnen und Münchner.

Wiederholung
Donnerstag, 12. Juli, 12.30 Uhr, Schwanthalerstraße 13
Bürgermeister Hep Monatzeder informiert im Rahmen eines Baustellenrundgangs über den aktuellen Stand der Sanierung des Deutschen Theaters. Am Rundgang nehmen auch teil und stehen für Fragen zur Verfügung: Axel Markwardt, Stadtdirektor im Kommunalreferat, Rainer Gebhart, Geschäftsführer der Deutsches Theater Grund- und Hausbesitz GmbH, der zuständige Architekt Peter Doranth, Dieter Weckmann von der Projektleitung Drees & Sommer, und Thomas Schmid, Vorsitzender des Vereins „Freunde des Deutschen Theaters München", sowie Vertreter des Kulturreferates und der Betriebsgesellschaft Deutsches Theater München.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.
Achtung Redaktionen: Treffpunkt für den Baustellenrundgang ist der Haupteingang des Deutschen Theaters an der Schwanthalerstraße 13. Festes Schuhwerk ist aus Sicherheitsgründen erforderlich.

Wiederholung
Donnerstag, 12. Juli, 19 Uhr,
Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1
Zur Eröffnung der Ausstellung „Soundlab.1 – Museum wird hörbar" sprechen Stadtrat Dr. Reinhard Bauer (SPD) in Vertretung des Oberbürgermeisters, Dr. Isabella Fehle, Direktorin des Münchner Stadtmuseums, und Dr. András Varsányi, Leiter der Sammlung Musik.
Das anschließende Sommerfest des Münchner Stadtmuseums wird die ExpressBrassBand musikalisch begleiten.
Achtung Redaktionen: Pressevorbesichtigung am Donnerstag, 12. Juli, um 11 Uhr.

Wiederholung
Donnerstag, 12. Juli, 19.30 Uhr, Saal des Alten Rathauses
Im Rahmen einer geschlossenen Veranstaltung spricht Stadtrat Alexander Reissl (SPD) in Vertretung des Oberbürgermeisters Grußworte zur Verleihung des Architekturpreises 2012 an Andreas Hild. Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers überreicht die Urkunde. Die Laudatio hält Professor Arno Lederer, Stuttgart. Musikalische Begleitung mit „Himpsl Brass".

Freitag, 13. Juli, 15 Uhr
Abenteuerhort Gern, Johann-Schmaus-Str. 1
Stadträtin Beatrix Zurek (SPD) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters Grußworte bei der Einweihung des neu gebauten Horts an der Johann-Schmaus-Str. 1. Im Anschluss sprechen Stadtschulrat Rainer Schweppe und Laura Pulz , Vorstandsmitglied des Kreisjugendrings München-Stadt. Die Kindertageseinrichtung bietet Platz für zwei Hortgruppen mit insgesamt 50 Plätzen für Grundschulkinder. Der Neubau wurde von der Stadt in Teileigentum erworben und dem Kreisjugendring München-Stadt in Betriebsträgerschaft übergeben.

Freitag, 13. Juli, 19 Uhr, Rathausgalerie, Marienplatz 8
Stadträtin Monika Renner (SPD) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters zur Eröffnung der Ausstellung „Kaskade". An der Ausstellung beteiligte Künstlerinnen und Künstler sind Michele Bernardi, Burkard Blümlein, Katinka Bock, Rita Hensen und Christine Tanqueray. Die Ausstellung findet im Rahmen der gemeinsamen Aktion „Frühsommer in den städtischen Kunsträumen" statt und ist vom 14. Juli bis 9. September, Dienstag bis Sonntag von 11 bis 19 Uhr, zu besichtigen. Der Eintritt ist frei.

Samstag, 14. Juli, 12 Uhr, Marienplatz
Bürgermeisterin Christine Strobl führt zusammen mit Thomas Niederbühl die Parade des diesjährigen Christopher Street Days (CSD) an. Der Umzug endet gegen **15.30 Uhr** wieder am Marienplatz, wo die Bürgermeisterin die Feierlichkeiten eröffnen wird. Anschließend findet im Backstagebereich der Bühne am Marienplatz ein Presse-Empfang statt.
Der CSD, der in diesem Jahr unter dem Motto „Fight for global rights – Solidarität kennt keine Grenzen" stattfindet, wird von einem zweitägigen Straßenfest rund um das Münchner Rathaus begleitet. Am 14. Juli lockt ab 22 Uhr auch wieder das kultverdächtige „CSD-RathausClubbing", das wie jedes Jahr bereits im Voraus ausverkauft ist.

Sonntag, 15. Juli, 19.30 Uhr,
Münchener Golf-Club, Zentralländstraße 40
Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München, überreicht die Preise an die Sieger des „Golfturniers für einen sozialen Zweck". Das Turnier wird bereits zum zwölften Mal vom Münchener Golf-Club e.V. unter der Schirmherrschaft des Referats für Arbeit und Wirtschaft veranstaltet. Es findet in diesem Jahr zu Gunsten des Sozialbetriebs „Mit Arbeit besser leben" statt.

Bürgerangelegenheiten

Mittwoch, 18. Juli, 19 Uhr,
Pfarrsaal St. Wolfgang, St.-Wolfgangs-Platz 9 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 5 (Au - Haidhausen). Auf der Tagesordnung stehen auch Bürgerfragen.

Mittwoch, 18. Juli, 17.30 bis 19 Uhr,
BA-Büro, Seidlvilla, Nikolaiplatz 1 b (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 12 (Schwabing - Freimann) mit dem Vorsitzenden Werner Lederer-Piloty.

Mittwoch, 18. Juli, 19 Uhr, Gaststätte „Bayerisches Schnitzel- und Hendlhaus", Limesstraße 63 (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 22 (Aubing - Lochhausen - Langwied) mit dem Vorsitzenden Dr. Josef Assal.

Mittwoch, 18. Juli, 19.30 Uhr, Gaststätte „Bayerisches Schnitzel- und Hendlhaus", Limesstraße 63 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 22 (Aubing - Lochhausen - Langwied).

Meldungen

25 Jahre Erhaltungssatzungen in München
(11.7.2012) Anlässlich 25 Jahre Münchner Erhaltungssatzungen informierte Oberbürgermeister Christian Ude gemeinsam mit Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk, Stadtdirektor Axel Markwardt, Kommunalreferat, und der stellvertretenden Leiterin der Abteilung Wohnraumerhalt im Sozial-

referat/Amt für Wohnen und Migra-tion, Elke Englisch, über das Münchner Engagement für preiswerten Wohnraum und stellten die Broschüre „25 Jahre Erhaltungssatzungen in München“ vor.
Oberbürgermeister Christian Ude: „Seit wir Mangel an bezahlbarem Wohnraum als gravierendes soziales Problem kennen, haben sich die Wohnverhältnisse deutlich verändert. Ausstattungsstandards haben sich verbessert, aber vor allem ist wohlstandsbedingt die Wohnfläche je Münchnerin und Münchner von 25 Quadratmeter im Jahr 1970 auf derzeit rund 40 Quadratmeter gestiegen. Nur sagt dieser statistische Mittelwert wenig über die Verteilung der Wohlstandseffekte aus. Besonders einkommensschwache Haushalte, aber zunehmend auch der Mittelstand, sind die Leidtragenden der Wohnungsprobleme. Wirtschaftlicher Erfolg und Wohnungsmangel sind somit zwei Seiten einer Medaille, bei den Vor- und Nachteilen sind jedoch nicht alle sozialen Gruppen gleichgestellt. Auch deshalb ist eine aktive kommunale Wohnungspolitik erforderlich!
Neben der Neubaupolitik wird die Bestandspolitik zunehmend wichtiger, um allen Bevölkerungsgruppen den Zugang zu angemessenem Wohnraum zu sichern. Alle rechtlichen Möglichkeiten zur Bestandssicherung müssen dabei genutzt werden!

25 Jahre Erhaltungssatzungen

Seit nunmehr 25 Jahren schöpft die Stadtverwaltung mit dem Instrument der Erhaltungssatzung gemäß § 172 des Baugesetzbuches (BauGB) alle rechtlichen Möglichkeiten aus, die Modernisierung von Altbauten so zu steuern, „dass die Zusammensetzung der Wohnbevölkerung erhalten bleibt, wenn dies aus besonderen städtebaulichen Gründen erforderlich ist“ (so genannter „Milieuschutz“).
Aktuell gibt es in München 14 Erhaltungssatzungsgebiete, in denen rund 170.000 Einwohnerinnen und Einwohner in 92.000 Wohnungen leben. Das entspricht 12 Prozent der Münchner Bevölkerung beziehungsweise 37 Prozent aller Bewohnerinnen und Bewohnern innerhalb des Mittleren Rings, dem Schwerpunktgebiet der Münchner Erhaltungssatzungen. Diese Mieterinnen und Mieter können insofern vor Vertreibung und Verdrängung durch Luxussanierung geschützt werden, als Abbruch, bauliche Änderungen sowie Nutzungsänderungen einer speziellen Genehmigung bedürfen, so dass Modernisierungen nach dem Motto „Luxus rein, Mieter raus“ weitgehend verhindert werden können. Gleichzeitig wird vermieden, dass gebietsspezifische Infrastruktureinrichtungen funktionslos werden, weil sie von den neuen Bewohnerinnen und Bewohnern nicht in ausreichendem Umfang genutzt würden und an anderer Stelle im Stadtgebiet neu geschaffen werden müssten.

Entwicklung der Erhaltungssatzungen

Die Anfänge der Erhaltungssatzung in der Landeshauptstadt gehen auf das Ende der 1970-er Jahre zurück, nachdem starke Aufwertungstendenzen der Innenstadtrandgebiete – beginnend in Schwabing und im Lehel – festzustellen waren. Erhaltungssatzungen waren in München anfangs politisch sehr umstritten. Insbesondere die Möglichkeit ein Vorkaufsrecht auszuüben wurde kritisch beurteilt. Nachdem im Jahr 1980 ein solcher Versuch gescheitert war, wurde die Diskussion um die Anwendung von „Milieuschutzssatzungen" Mitte der 1980-er Jahre erneut intensiviert. 1984 wurde deshalb das Referat für Stadtplanung und Bauordnung vom Münchner Stadtrat beauftragt, für alle Gebiete, in denen ein Erlass von Erhaltungssatzungen möglich sein könnte, Untersuchungen durchzuführen und, darauf gründend, den Erlass solcher Satzungen vorzubereiten. Im September 1987 traten die ersten beiden Erhaltungssatzungen „Pündterplatz" und „Georgen-/Zentnerstraße" nach § 172 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BauGB in der Landeshauptstadt in Kraft. Beide Satzungen sind, wenn auch in verändertem Umgriff, bis heute gültig und sind damit die ältesten Erhaltungssatzungen in München.

Zuletzt wurden die Erhaltungssatzungsgebiete „Ludwigsvorstadt/Schwanthalerhöhe" und „Milbertshofen" auf die Dauer von fünf Jahren erneut erlassen. Für die Gebiete „Pündter- und Viktoriaplatz" sowie „Georgen-, Zentnerstraße/Josephsplatz" hat der Planungsausschuss des Stadtrats letzte Woche den Neuerlass der Satzungen beschlossen.

Städtevergleich

Deutschlandweit wurden die ersten Erhaltungssatzungen Anfang der 1980-er Jahre in Nürnberg erlassen. Danach folgten Städte wie Hannover, München und Wiesbaden. Im Laufe der Jahre wurde in einigen Kommunen das Instrument auch wieder ausgesetzt oder ganz fallen gelassen. Angesichts der zunehmenden Gentrifizierungstendenzen beginnen andere Städte wie Hamburg, Berlin, Stuttgart und Frankfurt gerade erst wieder, in kleinerem bis größerem Rahmen neue Milieuschutzsatzungen zu erlassen.

Über die letzten 25 Jahre hinweg betrachtet, hat sich kaum eine andere Stadt in einem solchen Umfang wie München für den Milieuschutz engagiert. Die Landeshauptstadt ist deutschlandweit die einzige Stadt, die über einen so langen ununterbrochenem Zeitraum und in einem solchen Umfang Erhaltungssatzungen zum Schutz der Bewohnerstruktur erlassen hat.

Satzungsvollzug und Ausübung des Vorkaufsrechts

In Erhaltungssatzungsgebieten unterliegen alle baulichen Maßnahmen an bestehendem Wohnraum, also Modernisierungen, Nutzungsänderungen,

Grundrissänderungen oder der Abbruch, einer Genehmigungspflicht. In diesem Zuge prüft das Sozialreferat – Amt für Wohnen und Migration, ob geplante bauliche Maßnahmen oder Modernisierungen zu einem überdurchschnittlichen Standard der Wohnungen, sogenannten „Luxussanierungen", führen. Seit 1993 wurde auf diesem Weg in über 7.300 Verfahren sichergestellt, dass die Belange der Erhaltungssatzung gewahrt bleiben.
Zudem steht der Landeshauptstadt in Erhaltungssatzungsgebieten unter bestimmten Voraussetzungen ein Vorkaufsrecht zu, das durch das Kommunalreferat ausgeübt werden kann. Die ursprünglichen Wohnungskäufer können dieses Vorkaufsrecht abwenden, indem sie sich verpflichten, die Umwandlung in Eigentumswohnungen sowie unangemessene Modernisierungsmaßnahmen zu unterlassen (so genannte „Abwendungserklärung").
Insgesamt hat die Stadt so in den letzten 20 Jahren zirka 430 Immobilien mit 6.000 Mietwohnungen und 400.000 Quadratmetern Wohnfläche vor Umwandlung und Luxussanierung geschützt. Zudem gelang es in den Jahren 1995 bis 2010, insgesamt zwölf Anwesen mit rund 150 Wohneinheiten an Genossenschaften beziehungsweise Mietergemeinschaften zu reprivatisieren und damit die Mietshäuser langfristig vor der befürchteten Umwandlung in Wohneigentumsanlagen zu schützen.
Die Erhaltungssatzungen besitzen insbesondere durch die Ausübung des kommunalen Vorkaufsrechts nach § 24 BauGB und dadurch, dass über den allgemein üblichen Standard durchschnittlichen Wohnraums hinausgehende Modernisierungen nicht genehmigt werden, einen präventiven Charakter. Trotzdem sind Mieterhöhungen, unabhängig von der Durchführung von Modernisierungsmaßnahmen, bis zur Höhe der ortsüblichen Vergleichsmiete damit kaum zu verhindern. Aufwertungs- und Verdrängungsprozesse, die zum Wegfall preisgünstigem Wohnraums führen, können durch das Instrument der Erhaltungssatzung nur begrenzt aufgehalten werden. Erhaltungssatzungen können den Veränderungsprozess aber verlangsamen und steuern ihn somit städtebaulich verträglicher.

Weiterentwicklung des Instruments

Angesichts der gegenwärtigen Preissteigerungen auf dem Münchner Immobilienmarkt und der (drohenden) weiteren Privatisierung von Wohnungsbeständen, ist es erklärtes Ziel der städtischen Wohnungspolitik, die Anwendung von Erhaltungssatzungen weiter zu optimieren. Dazu soll die Methode zur Ermittlung und Ausweisung von Erhaltungssatzungsgebieten sowie die Vollzugsregelungen kontinuierlich verbessert werden. Die aktuellen Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt sollen angemessener berücksichtigt und die Indikatoren zur Abbildung des Aufwertungs- und Verdrän-

gungspotenzials weiterentwickelt werden. Auch die Vollzugsregelungen werden bei Bedarf, wie u. a. im Januar 2011 bei den Ausübungsschwellen im Rahmen der Prüfung des Vorkaufsrechts geschehen, an die aktuelle Situation auf dem Wohnungsmarkt angepasst.
Zudem wird mit Hilfe eines stadtweiten Monitorings die Entwicklung der verschiedenen Stadtteile hinsichtlich des jeweiligen Aufwertungs- und Verdrängungspotenzials fortlaufend beobachtet.

Umwandlungsverbot

Die Landeshauptstadt München wird sich darüber hinaus weiterhin dafür einsetzen, dass der Freistaat Bayern den gesetzlichen Rahmen für ein Umwandlungsverbot schafft. Hierfür wäre eine Rechtsverordnung der Bayerischen Staatsregierung gemäß § 172 Abs. 1 Satz 4 des Baugesetzbuches erforderlich. Eine solche Rechtsverordnung könnte die Umwandlung von Hausbesitz in Wohnungsteileigentum von einer kommunalen Genehmigung abhängig machen und wäre damit wesentlich wirksamer als der Erlass von Erhaltungssatzungen. Der Landeshauptstadt München stünde damit das gesetzlich vorgesehene Instrumentarium vollständig zur Verfügung, das eine ungleich stärkere Schutz- und Breitenwirkung im Sinne der Erhaltungssatzungsziele entfalten würde. Die Bayerische Staatsregierung hat allerdings bislang keine Schritte zur Einführung einer derartigen Rechtsverordnung vorgenommen.
Seit 1998 wurden seitens der Landeshauptstadt München große Anstrengungen unternommen und viele Initiativen gestartet mit dem Ziel, die Bayerische Staatsregierung zu überzeugen, eine solche Rechtsverordnung einzuführen. Auf Anregung der Stadtspitze, des Stadtrates, des Mieterbeirates und des Mietervereins erfolgten Stadtratsbeschlüsse, Petitionen an den Bayerischen Landtag und Schreiben an die Oberste Baubehörde. Zuletzt wurde im März die Petition des Mietervereins München gemeinsam mit dem DGB Region München zum Thema „Gentrifizierung – Umwandlung – Luxusmodernisierung“ vom Bayerischen Landtag abgelehnt.
Ungeachtet dessen wird sich die Stadt München auch weiterhin für den Erlass einer entsprechenden Rechtsverordnung einsetzen, insbesondere da die Freie und Hansestadt Hamburg mit der sogenannten Umwandlungsverordnung bereits seit 1998 sehr positive Erfahrungen macht. Hamburg ist damit das einzige Bundesland, das von der Möglichkeit einer solchen relativ weitreichenden Verordnung gemäß § 172 Abs. 1 Satz 4 BauGB Gebrauch macht. Die Zahl der Umwandlungen konnte in den Hamburger Erhaltungssatzungsgebieten damit deutlich reduziert werden und die Veräußerungen umgewandelter Wohnungen sind nahezu zum Erliegen gekommen. Zumindest für einen mittelfristigen Zeithorizont ist der Genehmi-

gungsvorbehalt ein sinnvolles, ergänzendes Schutzinstrument vor spekulativen Umwandlungen und Verkäufen.
Mit der Einführung eines Genehmigungsvorbehaltes für die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen durch den Freistaat Bayern könnte der präventive Charakter der Erhaltungssatzung zusätzlich geschärft und damit die Wirksamkeit dieses zentralen Instruments des Milieuschutzes deutlich erhöht werden.

Zweckentfremdungssatzung

Zur Bestandserhaltung gehört auch die Zweckentfremdungssatzung. Mit ihr wird die Umnutzung von Wohnraum insbesondere für gewerbliche Zwecke reglementiert bzw. unterbunden. Dies stellt sicher, dass Bestandswohnungen nach wie vor für den Wohnungsmarkt erhalten bleiben. In München ist es verboten, Wohnraum zu anderen als zu Wohnzwecken zu nutzen. Das Sozialreferat deckt jährlich knapp 200 illegale Zweckentfremdungen von Wohnungen auf. So wurden in den Jahren 2002 bis 2011 insgesamt 1.863 illegale Zweckentfremdungen beendet. Damit konnte eine Gesamtwohnfläche von 131.304 Quadratmetern gerettet bzw. dem Wohnungsmarkt erfolgreich wieder zugeführt werden. Dies entspricht der Anzahl aller Wohnungen am Ackermannbogen!
Das Zweckentfremdungsverbot ist damit das effektivste rechtliche Instrument, um einer Umwidmung von Wohn- in Gewerbenutzung im gesamten Stadtgebiet entgegentreten zu können. Dadurch kann der Zunahme gewerblicher Nutzungen, insbesondere im Innenstadtbereich und den damit verbundenen, unerwünschten städtebaulichen und sozialpolitisch Folgen entgegengewirkt werden.

Die Weiterentwicklung des Bestandserhalts ist Ziel des Stadtrats

Angesichts der anziehenden Immobilienpreise und der wachsenden Gentrifizierungstendenzen insbesondere in den innenstadtnahen Vierteln sind Erhaltungssatzungen nach wie vor ein äußerst wichtiges Instrument der Wohnungsbestandssicherung der Landeshauptstadt München.
Zukünftig werden die Herausforderungen aber auch im Zusammenspiel zwischen Erhaltungssatzung, Klimaschutz und Weiterentwicklung des Wohnungsbestandes liegen. Hier gilt es gründlich zwischen den Zielen des Milieuschutzes einerseits und den Erfordernissen der energetischen Ertüchtigung, der Nachverdichtung des Wohnungsbestandes sowie der Herstellung von barrierefreiem Wohnstandard andererseits abzuwägen.
Wenn die Landeshauptstadt – wie seit vielen Jahren gegenüber dem Freistaat gefordert – die Möglichkeit erhalten würde, das Umwandlungsverbot einzusetzen, dann wäre eine ungleich stärkere Schutz- und Breitenwirkung und eine spürbare Verbesserung des Milieuschutzes zu erwarten.
Deshalb wird die Landeshauptstadt sich auch zukünftig für die Einführung

eines Genehmigungsvorbehaltes bei der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen engagieren.

Broschüre „25 Jahre Erhaltungssatzungen in München"

Zum 25-Jahre-Jubiläum der Münchner Erhaltungssatzungen liegt seit heute eine Broschüre vor, die darstellt, wie Erhaltungssatzungen wirken, welche Möglichkeiten diese Satzungen der Landeshauptstadt München bieten und wie der Vollzug gestaltet wird. Die Broschüre dokumentiert die Entwicklung und den langjährigen Einsatz der Münchner Erhaltungssatzungen von 1987 bis heute.

Die Broschüre „25 Jahre Erhaltungssatzungen in München" wurde gemeinsam vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung sowie den beiden Vollzugsreferaten Sozial- und Kommunalreferat erarbeitet. Sie wird sowohl im Portal der Landeshauptstadt München online verfügbar sein als auch im Plantreff in gedruckter Form ausliegen."

Bauleitplan Hochäckerstraße: Beteiligung der Bürger

(11.7.2012) Für den Bereich Hochäckerstraße (nördlich), BAB 8 München-Salzburg (östlich), Peralohstraße (südlich) und Unterhachinger Straße/Ottobrunner Straße (westlich) und BAB 8 München-Salzburg (östlich), Fasangartenstraße (westlich) wird die frühzeitige Unterrichtung der Öffentlichkeit durchgeführt.

Planungsziel ist es, das Areal nördlich der Hochäckerstraße als Wohnquartier mit den notwendigen sozialen Infrastruktureinrichtungen unter Berücksichtigung der notwendigen Grün- und Freiflächen zu entwickeln. Die Flächen für die geplante Wohnnutzung sollen zukünftig im Flächennutzungsplan mit integrierter Landschaftsplanung als Wohnbauflächen dargestellt werden.

Zur Vermeidung von Nutzungskonflikten ist die bestehende Kompostieranlage an einen neuen Standort an der Fasangartenstraße zu verlagern, in kurzer Entfernung zum Neuen Südfriedhof, dessen Grünabfälle hier überwiegend verwertet werden. Dieser Bereich wird im Flächennutzungsplan mit integrierter Landschaftsplanung zukünftig als Ver- und Entsorgungsfläche dargestellt.

Die Unterlagen mit Beschreibung werden zur Einsicht vom 13. Juli mit 14. August an folgenden Stellen dargelegt:

- Beim Planungsreferat, Blumenstraße 28 b (Hochhaus), Erdgeschoss, Raum 071, Auslegungsraum – barrierefreier Eingang an der Ostseite des Gebäudes auf Blumenstraße 28 a (Montag mit Freitag von 6.30 bis 18 Uhr).

- Bei der Bezirksinspektion Ost, Trausnitzstraße 33 (Montag, Mittwoch, Freitag von 7.30 bis 12 Uhr, Dienstag von 8.30 bis 12 Uhr und 14 bis 18 Uhr, Donnerstag von 8.30 bis 15 Uhr).
- In der Stadtbibliothek Ramersdorf, Führichstraße 43 (Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag von 10 bis 19 Uhr und Mittwoch von 14 bis 19 Uhr).

Die Planunterlagen mit Begründung sind auch im Internet unter der Adresse *www.muenchen.de/plan* zu finden.
Eine öffentliche Erörterung findet am Mittwoch, 25. Juli, um 19 Uhr im Pfarrsaal St. Michael, St.-Koloman-Straße 7, Perlach, statt.

Ausstellung „1900 - 2000 – Das München Jahrhundert“

(11.7.2012) Die Ergebnisse einer Projektarbeit an der Städtischen Fachschule für Farb- und Lackiertechnik sind vom 16. Juli bis 14. September im Referat für Stadtplanung und Bauordnung, Servicezentrum der Lokalbaukommission, Blumenstraße 19, ausgestellt. Stadtdirektor Cornelius Mager eröffnet die Ausstellung „1900 - 2000 – Das München Jahrhundert“ am 16. Juli um 17.30 Uhr. Die Ausstellung ist Montag bis Freitag von 9 bis 17 Uhr zu besichtigen. Der Eintritt ist frei.
Die Schülerinnen und Schüler haben Momentaufnahmen der wechselvollen Geschichte Münchens gestaltet. Zehn Holztafeln, die mit hochwertigem Lack beschichtet sind, zeigen bedeutende Ereignisse, Bauten oder zeittypische Schriften aus dem 20. Jahrhundert. So präsentiert sich das Deutsche Museum stellvertretend für die Zeit der ersten Dekade, auf der Lacktafel für die Zeit von 1950 bis 1960 ist als Symbol für den Wiederaufbau der sanierte Turm der alten Maxburg mit dem neu errichteten Justizgebäude zu sehen.

Präsentation der Deutschen Meisterschule für Mode

(11.7.2012) Unter dem Titel „DeMo 12“ zeigt die Deutsche Meisterschule für Mode der Landeshauptstadt München vom 25. bis 27. Juli ihre Kollektionsmodenschau und die Abschlussarbeiten der Absolventinnen und Absolventen der Städtischen Berufsfachschule für Kommunikationsdesign. Veranstaltungsort sind die Postgaragen in der Deroystraße 3 - 5.
Das Programm sieht für Mittwoch, 25. Juli, 20 Uhr, und Freitag, 27. Juli, 18 Uhr und 20 Uhr die Präsentation der Modekollektionen vor. Der Eintritt für diese Veranstaltungen beträgt 25 Euro. Karten sind ab sofort Montag bis Freitag von 10 bis 12 Uhr und Montag bis Donnerstag von 14 bis 15 Uhr erhältlich im Sekretariat der Deutschen Meisterschule für Mode am Roßmarkt 15; Telefon 2 33-2 24 23, Fax 2 33-2 60 07.
Am Donnerstag, 26. Juli, beginnt um 18 Uhr die Präsentation der prämierten Arbeiten und Abschlussprojekte der Absolventinnen und Absolventen

der Städtischen Berufsfachschule für Kommunikationsdesign, an diesem Tag ist der Eintritt frei. Die Design-Arbeiten können auch am 26. Juli von 16 bis 21 Uhr und am 27. Juli von 13 bis 17 Uhr im Rahmen einer Ausstellung in den Postgaragen besichtigt werden. Der Eintritt zur Ausstellung ist ebenfalls frei.

Kunstaktion „Raus aus dem Depot!" auf der Corneliusbrücke

(11.7.2012) Während die städtischen Museen derzeit eher unter dem Motto „Rein in das Depot" agieren und ihr neues Museumsdepot beziehen, wird das Künstlertrio „Die Vorleserinnen" seine Performance „Raus aus dem Depot!" nennen. Ihre Forderung bezieht sich dabei vor allem auf die vergessenen Werke weiblicher Kunstschaffender, die zwar den Weg in eine Museumssammlung gefunden haben, nicht aber in eine Ausstellung. Kaja Brenner, Sophie Engert und Vanessa Jeker – die Vorleserinnen – wollen die Patenschaft für sie übernehmen und die Arbeiten ins öffentliche Bewusstsein bringen.

Ihre Performance „Raus aus dem Depot!" findet im Rahmen der Reihe „Let's perform" statt, in der fünf Kunstprojekte im öffentlichen Raum realisiert werden. Heute um 19.30 Uhr wird das Publikum zum „Balkon" der Corneliusbrücke eingeladen, angekündigt wird eine Führung durch ein geheimes Depot unter der Brücke. Es bleibt jedoch der breiten Öffentlichkeit verschlossen, wie es in vielen Museumsdepots aus Sicherheits- und konservatorischen Gründen gehandhabt wird. Der Einblick in das Depot geschieht bei „Raus aus dem Depot!" – wie auch in Museen – im Rahmen einer Veranstaltung. Allerdings ist es keine klassische Ausstellung, sondern eine Performance, für die der Hamburger Künstler Volker Lang die Kulisse gestaltet.

Das Publikum ist aufgerufen, zur „Show" für vergessene Kunstwerke eigene Beiträge beizusteuern. Wer also ganz tief in seinem eigenen gedanklichen Fundus gräbt und seinen persönlichen (Wieder-)Entdeckungen zu Ruhm verhelfen möchte: Die Vorleserinnen halten auf Zuruf die Laudatio. Folgeveranstaltungen sind am 12., 20. und 21. Juli, jeweils um 19.30 Uhr auf der Corneliusbrücke. Der Eintritt ist frei. Die Veranstaltungen finden nicht bei starkem Regen statt (Infos kurzfristig über das Schlechtwettertelefon: 01 76/32 42 37 76). Weitere Infos unter *www.dievorleserinnen.de*.

Gefördert vom Kulturreferat der Landeshauptstadt München/Freie Kunst im öffentlichen Raum und mit freundlicher Unterstützung durch die Gleichstellungsstelle für Frauen.

Pressekontakt: Simone Lutz PR, E-Mail: simonelutz.pr@gmx.de, Telefon 20 20 80 31.

6. Tag der Laienmusik im Gasteig

(11.7.2012) Am Sonntag, 15. Juli, findet im Gasteig, Rosenheimer Straße 5, wieder ein Tag der Laienmusik statt. Von 14 bis 19 Uhr präsentieren sich im Carl-Orff-Saal, im Kleinen Konzertsaal, in der Black Box und im Foyer der Philharmonie insgesamt 40 Ensembles, Orchester, Chöre und Solistinnen und Solisten dem Publikum. Bereits zum sechsten Mal bietet das Kulturreferat ambitionierten Musikerinnen und Musikern aller Altersgruppen aus dem Bereich der Laien- und Hobbymusik eine kostenlose Auftrittsmöglichkeit. Ob Bayerisches, Arabisches oder Italienisches, ob Chorgesang, Mandoline oder Gitarrenmusik, ob Klassik, Schlager oder Barbershop – beim Tag der Laienmusik zeigt sich München in all seiner musikalischen Bandbreite. Zu erleben sind Gruppierungen der Münchner Volkshochschule (MVHS) ebenso wie ein Singkreis der Pfadfinder, junge Klaviervirtuosen oder Akkordeonorchester; Liedermacher teilen sich die Bühne mit dem Münchner Mandolinen-Zirkel oder der chinesischen Musikgruppe Jiyuetian. Eröffnet wird das Programm jeweils um 14 Uhr im Foyer der Philharmonie mit den „Stimmritzenflitzern" mit Musik von der Renaissance bis Jazz. Im Carl-Orff-Saal tritt das Akkordeonorchester des Münchner Volksmusikvereins auf, in der Black Box gibt es mit „Vesna" Pop und Unterhaltungsmusik und im Kleinen Konzertsaal eröffnet der Männerchor der Israelitischen Gemeinde Druschba-Chaverut mit Liedern von der Oper bis Romanze.

Der „Tag der Laienmusik" bietet die Möglichkeit, Münchens musikalische Vielfalt jenseits der professionellen Musikschaffenden kennen zu lernen, und die Laienmusik als wichtigen Teil des Münchner Kulturlebens erfahren zu können. Der Eintritt zum „Tag der Laienmusik" ist frei.

Der Flyer mit den ausführlichen Informationen zum Programm liegt unter anderem im Gasteig und in der Stadt-Information im Rathaus aus. Siehe auch *www.muenchen.de/kulturreferat* unter „Veranstaltungen".

40 Jahre Taekwondo an der Münchner Volkshochschule

(11.7.2012) Am Samstag, 14. Juli, 14 Uhr, lädt die Münchner Volkshochschule (MVHS) in der Situli-Schule, Situlistraße 87, zur Jubiläumsfeier „40 Jahre Taekwondo an der Münchner Volkshochschule" ein. Unter der Leitung von Großmeister Chä-Yong Song präsentieren Träger des Schwarzgürtels, Dozentinnen und Dozenten mit Kursteilnehmenden ihr Können.

Seit 40 Jahren wird an der MVHS Taekwondo angeboten und bis heute sind die Kurse sehr gefragt. Im Herbst 1972 fand unter der Leitung von Großmeister Chä-Yong Song der erste Taekwondo-Kurs mit 17 Teilnehmenden statt. In den folgenden zehn Jahren wuchs das Programmangebot auf 19 Kurse mit 300 Teilnehmenden an. Bis 1992 steigerte sich das Taekwon-

do-Angebot nochmals auf 25 Veranstaltungen mit bis zu 400 Kursteilnehmenden. Diese Anzahl hat sich bis heute als ein wesentlicher Bestandteil des aktiven Gesundheitsangebots der Münchner Volkshochschule erhalten. Langjährige Teilnehmende konnten sich durch Meisterprüfungen sogar zu Kursleiterinnen und Kursleitern qualifizieren.
Taekwondo bedeutet wörtlich „Weg des Fußes und der Hand" und ist eine waffenlose Form der Selbstverteidigung, die im Freikampf ohne Körperkontakt ausgeführt wird. Die Kampfkunst fördert Körperbeherrschung und Konzentration und schult das Reflexionsvermögen.
An der MVHS wird traditionelles Taekwondo unterrichtet. Intensive Gymnastik bereitet den Körper auf das Training der Angriffs- und Verteidigungstechniken für den Kampf gegen einen oder mehrere imaginäre Gegner vor. In Partnerübungen werden die Kampfsportschülerinnen und -schüler zum Freikampf hingeführt.
Als Zeichen für die Zunahme an technischen Fertigkeiten und für das Wachstum an Reflexionsvermögen, werden verschiedenfarbige Gürtel verliehen. Die Meistergraduierungen gibt es ab dem schwarzen Gürtel.
Die kostenlosen Programmflyer zur Jubiläumsfeier und zum Kursangebot Herbst/Winter 2012/13 sind in allen Anmeldestellen der MVHS erhältlich. Infos, Beratung und Anmeldung unter Telefon 72 10 06-45/-46, siehe auch unter *www.mvhs.de*

„Wachs" von Martin Fengel im Museum Villa Stuck

(11.7.2012) 2012 feiert das Museum Villa Stuck sein 20-jähriges Jubiläum als Museum und Stiftung der Stadt München. Das gesamte Jahr über begleitet der Künstler Martin Fengel das Museum unter dem Titel „Wachs" mit einem Ausstellungsprojekt und Veranstaltungen auf dieser Zeitreise. Seit April wird das Foyer im zentralen Eingangsbereich jede Woche von Martin Fengel mit einem neuen Bild bestückt. So „wächst" bis Januar 2013 ein Fengel'scher Bildatlas vor den Augen der Besucherinnen und Besucher des Museums. Der Titel der Installation „Wachs" ist einer seiner letzten fotografischen Serien entliehen, in der er unterschiedliche Bezüge aufgreift, innerhalb derer das Material Wachs auftaucht. Begleitet wird die Installation von vier Musik-Veranstaltungen, die in enger Zusammenarbeit mit Martin Wöhrl, Bernd Zimmer, dem Symphonieorchester des Bayerischen Rundfunks und dem Münchner Label „Gomma" entstehen. Mit einer ersten Veranstaltung lädt Martin Fengel mit Martin Wöhrl am Sonntag, 15. Juli, von 11 bis 15 Uhr zu einem Jazzfrühschoppen ins Museum Villa Stuck mit Christoph Easy Ising am Piano und Musik von Reinhold Böh sowie Gästen ein. Der Eintritt ist frei.

Martin Fengel (geboren 1964 in München) machte sich bereits durch zahlreiche Ausstellungen im In- und Ausland einen Namen. Als Zeichner und Illustrator ist er derzeit vor allem durch das ZEIT-Magazin wie auch durch eine weitreichende Kooperation mit dem Symphonieorchester des Bayerischen Rundfunks bekannt. Martin Fengel und der Bildhauer Martin Wöhrl lernten sich 2000 in Edinburgh kennen und haben bereits gemeinsam mehrere Ausstellungen realisiert, Zauberabende veranstaltet und für die Kammerspiele einen München- und „Martin-Abend" organisiert..
„Wachs" von Martin Fengel ist bis 20. Januar 2013 im Rahmen von „STUCKVILLA", dem Programm zum 20-jährigen Jubiläum als Museum und Stiftung der Stadt München, bei kostenfreiem Zugang im Foyer des Museums Villa Stuck zu sehen. Die Ausstellungen „Terunobu Fujimori. Architekt. Werkschau 1986 - 2012" und „Andrei Molodkin. Liquid Black" sind noch bis 16. September im Museum Villa Stuck, Prinzregentenstraße 60, zum Eintrittspreis von 9 Euro, ermäßigt 4,50 Euro, zu besichtigen. Nähere Informationen unter *www.villastuck.de*

Kocherlball am Chinesischen Turm
(11.7.2012) Am Sonntag, 15. Juli, lädt das Kulturreferat der Landeshauptstadt München und die Haberl Gastronomie zum traditionellen Kocherlball am Chinesischen Turm ein. Ab 6 Uhr in der Früh spielen die „Tanzgeiger" aus Wien im Englischen Garten zum Tanz auf. Unter der Tanzanleitung von Katharina Mayer und Magnus Kaindl sind alle zum Mitmachen herzlich eingeladen. Einer der Tanzhöhepunkte wird die „Münchner Française" zur „Fledermaus-Quadrille" von Johann Strauß Sohn sein. Der Eintritt ist frei. Im Biergarten ist der Verzehr von selbst mitgebrachten Speisen möglich. Getränke sind ausschließlich über die Gastronomie zu beziehen.
Bei der Anreise bitte beachten, dass die S-Bahn-Stammstrecke wegen Baumaßnahmen gesperrt ist. Bei schlechter Witterung findet der Kocherlball am 22. Juli statt. Auskunft unter *www.chinaturm.de* oder telefonisch unter 38 38 73 27.

Infoabend „Ärger – wenn der Nachbar baut, saniert, erweitert"
(11.7.2012) Wenn der Nachbar oder die Nachbarin Haus oder Wohnung auf Vordermann bringt, kann es manchmal laut und auch staubig werden – Wärmedämmung, Fensteraustausch, Dachgeschossausbau können dann zum Streitfaktor werden. Die Frage welche Rechte und Pflichten die betroffenen Parteien haben, beantwortet Rechtsanwältin und Mediatorin Juliana Helmstreit am Montag, 16. Juli, bei einem Infoabend im Bauzentrum München. Rechtliche Regelungen sprechen zum Beispiel vom Hammer-

schlag- und Leiterrecht, Lärmschutz und Überbaurente – was damit gemeint ist, wird sie von 18 Uhr an erklären. Freilich wird die Mediatorin auch benennen, was Auseinandersetzungen verhindert und nachbarschaftlichen Frieden fördert. Der Eintritt ist kostenlos.
Das Bauzentrum München befindet sich in der Messestadt Riem an der Willy-Brandt-Allee 10 (U2, Haltestelle Messestadt West, von dort nur fünf Gehminuten; mit der S2 bis Haltestelle Riem, dort umsteigen in Bus 190 bis Messestadt West; mit dem Auto über die A94, Ausfahrt München-Riem oder Feldkirchen-West, Parkhaus direkt hinter dem Bauzentrum München). Internet: *www.muenchen.de/bauzentrum*, Telefon: 54 63 66-0, E-Mail: bauzentrum.rgu@muenchen.de.

Führungen für Kinder in der Sammlung Puppentheater
(11.7.2012) Unter dem Titel „Bis in die Puppen: Monster erwünscht!" finden für Kinder von sieben bis elf Jahren am Samstag, 14. Juli, und am Sonntag, 15. Juli, jeweils um 11 Uhr (mit praktischem Teil in der Werkstatt) und um 15 Uhr, in der Sammlung Puppentheater/Schaustellerei im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakbos-Platz 1, statt. Wie erkenne ich den echten Münchner Kasperl? Welches sind die gruseligsten Teufel, Tode und Hexen in der Sammlung -- und warum haben wir Angst vor ihnen? Wie bastle ich ein Gemüsetheater? Kann ich meinen Schatten fangen? Diesen und anderen Fragen wird bei den Führungen nachgegangen, die Studierende des Instituts für Kunstpädagogik der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU) vorbereitet haben.
Die Veranstaltung findet in Kooperation mit dem Institut für Kunstpädagogik der LMU statt und ist für Kinder von sieben bis elf Jahren geeignet. Eltern können begleitend teilnehmen. Treffpunkt ist im Foyer. Die Teilnahme für Kinder kostenlos, Erwachsene zahlen den Museumseintritt. Anmeldung erforderlich unter Telefon 2 33-2 44 82 oder mascha.erbelding@muenchen.de.

Führung durch die Ausstellung „Typographie des Terrors"
(11.7.2012) Am Sonntag, 15. Juli, 15 Uhr, führt Kurator Dr. Thomas Weidner durch die Ausstellung „Typographie des Terrors. Plakate in München 1933 bis 1945" im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1. Die Führung geht auf die Gestaltung der Plakate im Nationalsozialismus ein und zeigt deren Funktion und Wirkungsweise. Treffpunkt ist im Foyer des Museums. Der Museumseintritt kostet 6 Euro, ermäßigt 3 Euro. Die Führung ist frei.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Mittwoch, 11. Juli 2012

Empfang der Landeshauptstadt München zum Newrozfest weiterentwickeln
Antrag Stadtrat Josef Schmid (CSU) vom 27.3.2012

Antwort Oberbürgermeister Christian Ude:

Nach § 60 Abs. 5 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt dieses Antrags betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO in Verbindung mit § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt. Eine beschlussmäßige Regelung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich.

In Ihrem Antrag vom 27.03.2012 fordern Sie, dass der städtische Empfang anlässlich des Newrozfestes sowohl hinsichtlich des Einladungskreises wie auch der inhaltlichen Schwerpunktsetzung weiterzuentwickeln ist. Hierzu bin ich, was insbesondere den Einladungskreis betrifft, gerne bereit, wurden beim diesjährigen Empfang Ihrer Anregung folgend ja bereits iranische Kurden zu diesem Empfang eingeladen. Gerne dehne ich den Einladungskreis auch auf Vertreter der von Ihnen genannten Völker aus. Da jedoch weder ich noch die Protokollabteilung Kontakte zu den von Ihnen genannten Völkern bzw. Volksgruppen hat, Ihnen möglicherweise aber Ansprechpartner bekannt sind, bitte ich Sie in dieser Angelegenheit um Ihre Unterstützung.

Was den Charakter dieses Festes betrifft, so steht nach meiner Kenntnis sehr wohl zunächst der politische Aspekt im Vordergrund. Nach der mir vorliegenden Literatur ist dieses Fest im Altertum aus dem Widerstandsgeist des kurdischen Volkes entstanden. Verstärkt wurde dieser Aspekt noch durch den antikolonialistischen Widerstand in Kurdistan im 20. Jahrhundert.
Natürlich hat dieses Fest darüber hinaus auch einen kulturellen Charakter, der durch die Begrüßung des Frühlings am 21. März seinen Ausdruck findet. Insofern wird der städtische Vertreter beim nächstjährigen Empfang in seiner Begrüßungsrede selbstverständlich auch auf diesen Aspekt hinweisen.

Gleichmäßige Qualität für alle BAs beim Ratsinformationssystem (BA-RIS)
Antrag Stadtrat Dr. Georg Kronawitter (CSU) vom 12.5.2011

Antwort Oberbürgermeister Christian Ude:

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt, weshalb eine beschlussmäßige Behandlung im Stadtrat rechtlich nicht möglich ist, weil die Pflege des Ratsinformationssystems (BA-RIS) als rein arbeitsorganisatorische Angelegenheit der Verwaltung obliegt.

In Ihrem Antrag vom 07.07.2011 fordern Sie, dafür Sorge zu tragen, dass die Pflege des Ratsinformationssystems (BA-RIS) für alle Bezirksausschüsse auf einem annähernd gleichen hohen Niveau stattfindet. Dabei sei insbesondere sicherzustellen, dass von der freigegebenen Tagesordnung der Bezirksausschusssitzung aus zumindest die Initiativen der Bezirksausschussmitglieder, die so genannten „Bürgerschreiben" (anonymisiert) sowie die aktuellen Antwortschreiben der Stadtverwaltung zu früheren Anträgen des Bezirksausschusses online zugänglich sind.

Hierzu teile ich Ihnen Folgendes mit:

Die Stadtverwaltung ist bestrebt, auch bezüglich des Ratsinformationssystems für die Bezirksausschüsse stadtweit, unter Einbindung der Bezirksausschüsse und der sie betreuenden Bezirksausschussgeschäftsstellen, einen möglichst einheitlichen Standard sicherzustellen.

Aus diesem Grund erarbeitete 2009 das Direktorium, Abteilung für Bezirksausschussangelegenheiten einschließlich der Geschäftsstellen, gemeinsame Mindeststandards für das BA-RIS.
Dabei war die derzeit bestehende Systemarchitektur des BA-RIS ebenso zu berücksichtigen wie die unterschiedlichen Arbeitsweisen innerhalb der einzelnen Bezirksausschüsse.
Bezüglich der Antwortschreiben der Stadtverwaltung wurde vereinbart, dass eine Verknüpfung mit der Tagesordnung erfolgen soll, sofern die Schreiben durch die Fachreferate in das RIS eingestellt wurden.

Da die Fachreferate bemüht sind, die Dokumente zeitnah zur Verfügung zu stellen, wird Ihre Forderung weitgehend erfüllt. Das Fehlen einer entsprechenden Verknüpfung mit der Tagesordnung stellt deshalb die Ausnahme dar.

Für die Bearbeitung von Initiativen aus dem Bezirksausschuss und Bürgerschreiben ist bei der Systemarchitektur des BA-RIS ein sehr hoher Aufwand erforderlich. Die Initiativen der Bezirksausschussmitglieder und Bürgerschreiben müssen nämlich zuerst vor einer Bezirksausschusssitzung als sogenannte „Initiativen" in das BA-RIS eingestellt werden. Sofern sie in der Bezirksausschusssitzung beschlossen werden, können sie dann derzeit leider nicht einfach als „BA-Antrag" in das System übernommen werden, sondern es muss eine komplett neue Eingabe als „BA-Antrag" zusammen mit den erforderlichen Dokumenten erfolgen. Die eingestellten „Initiativen" werden nach Annahme oder Ablehnung in der jeweiligen Bezirksausschusssitzung auf den Status „erledigt" gesetzt.
Eine Verknüpfung zwischen der „Initiative" und dem daraus resultierenden „BA-Antrag" ist in der derzeitigen RIS-Systematik nicht vorgesehen.

Das Einstellen der Bürgerschreiben und Initiativen aus dem Bezirksausschuss **vor** einer Abstimmung in der Bezirksausschusssitzung hat somit, im Verhältnis zum Aufwand, nur einen äußerst begrenzten Nutzen.

Nach Abwägung des Aufwands und des Nutzens eines Einstellens dieser Fälle in das RIS wurde auf die Festlegung eines Mindeststandards für diesen Bereich verzichtet. Dies bedeutet, dass die individuelle Verfahrensweise der einzelnen Bezirksausschussgeschäftsstellen in Absprache mit den von ihnen betreuten Bezirksausschüssen bestehen bleibt.

Von den vorstehenden Ausführungen bitte ich Kenntnis zu nehmen und gehe davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Mittwoch, 11. Juli 2012

Zeitgleiche Fertigstellung der Grundschule an der Ruth-Drexel-Straße mit Bezug der ersten Wohnungen im Prinz-Eugen-Park
Antrag Stadtrats-Mitglieder Dr. Ingrid Anker, Oliver Belik, Verena Dietl, Christiane Hacker, Christian Müller, Regina Salzmann, Birgit Volk und Beatrix Zurek (SPD)

Pachtminderung bei der Kleingartenanlage NO 58 an der Domagkstraße 31
Antrag Stadträte Josef Schmid, Otto Seidl und Johann Stadler (CSU)

Kleingartenverband München e.V. unterstützen
Antrag Stadträte Josef Schmid, Otto Seidl und Johann Stadler (CSU)

München tritt der Bürgerklage gegen ESM und Fiskalvertrag bei
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Birgit Volk
Stadträtin

Verena Dietl
Stadträtin

Beatrix Zurek
Stadträtin

Christiane Hacker
Stadträtin

Dr. Ingrid Anker
Stadträtin

Oliver Belik
Stadtrat

Christian Müller
Stadtrat

Regina Salzmann
Stadträtin

11.07.2012
GS_Ruth Drexel Straße_2012_07_09.odt

Zeitgleiche Fertigstellung der Grundschule an der Ruth-Drexel-Straße mit Bezug der ersten Wohnungen im Prinz-Eugen-Park

Antrag:
Das Referat für Bildung und Sport wird gebeten, den Neubau der Grundschule an der Ruth-Drexel-Straße mit der Fertigstellung und dem Erstbezug der ersten Wohnungen **zeitgleich** zu realisieren und sicher zu stellen.

Begründung:
Auf dem Gelände der Prinz-Eugen-Kaserne sollen 50 % Sozialwohnungen gebaut werden, die mit Sicherheit vordringlich von Familien mit Kindern bezogen werden. Diese Kinder benötigen ab dem Zeitpunkt des Einzugs ein adäquates Schulangebot, um keine weiteren Überfüllungsprobleme im umliegenden Schulbestand auszulösen.
Deshalb halten wir eine zeitgleiche Fertigstellung der neuen Grundschule an der Ruth-Drexel-Straße mit dem Bezug der ersten neuen Wohnungen für dringend geboten.

gez.	gez.	gez.	gez.
Birgit Volk Stadträtin	Verena Dietl Stadträtin	Beatrix Zurek Stadträtin	Christiane Hacker Stadträtin
Dr. Ingrid Anker Stadträtin	Oliver Belik Stadtrat	Christian Müller Stadtrat	Regina Salzmann Stadträtin

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089 - 23 39 26 27, Fax: 089 - 23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

CSU
Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat Josef Schmid
Stadt Otto Seidl
Stadtrat Hans Stadler

ANTRAG
11.07.12

Pachtminderung bei der Kleingartenanlage NO 58 an der Domagkstraße 31

Die von den Abbruch- bzw. Bauarbeiten direkt betroffenen Pächter der Kleingartenanlage NO 58 erhalten als Zeichen der Wertschätzung für die Dauer der Bautätigkeit eine Pachtreduzierung.

Begründung:
Aufgrund der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme Domagkstraße, die auf dem Gelände der ehemaligen Funkkaserne eine komplette Neubebauung vorsieht, finden derzeit Abbrucharbeiten statt. Die unmittelbar angrenzende Kleingartenanlage NO 58 ist dadurch direkt betroffen: Ein Teil der Pächter der Kleingartenanlage muss eine erhebliche Lärmbelästigung und Staubentwicklung durch die gerade betriebenen Abbrucharbeiten bzw. durch die künftigen Bautätigkeiten hinnehmen. Obwohl bereits einige Maßnahmen zur Verbesserung der Situation ergriffen wurden (Verlagerung der Schredderanlage und der Ein- und Ausfahrt für LKWs), sind die Nutzung der Kleingärten und der Freizeitwert weiter beeinträchtigt. Die Belastungen für die Pächter werden noch einige Jahre andauern. Die direkt betroffenen Kleingärtner (20 – 30) sollen deshalb als Zeichen der Wertschätzung für die Dauer der Bautätigkeit eine Pachtreduzierung erhalten.

gez. Josef Schmid, Stadtrat Fraktionsvorsitzender	gez. Otto Seidl Stadtrat	gez. Hans Stadler Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.wzim.de

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Stadtrat Josef Schmid
Stadt Otto Seidl
Stadtrat Hans Stadler

ANTRAG
11.07.12

Kleingartenverband München e.V. unterstützen

Die Landeshauptstadt München unterstützt den Kleingartenverband München e.V. finanziell bei unumgänglich notwendigen Abrissmaßnahmen bei den Behelfsheimen.

Begründung:
Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden zum Teil in den Kleingärten Steinhäuser als Behelfsheime für wohnungslose Hilfesuchende eingerichtet. Diese Steinhäuser sind nach den geltenden Regelungen nicht mehr zulässig und müssen bei Neuvergaben abgerissen und durch erlaubte Holzhäuser ersetzt werden. Da den Nach-Pächtern die hohen Abrisskosten (ca. 20.000 €) nicht zugemutet werden können, tritt hier der Kleingartenverband München e.V. ein.

Da sich der Verband nur über die Mitgliedsbeiträge finanziert und alle Kosten der Verwaltung der Kleingartenanlagen trägt, sind diese zusätzlichen Kosten nur schwer zu schultern.

Eine gemeinsame Aktion des Kleingartenverbandes München e.V. und der Landeshauptstadt München hat vor einigen Jahren dazu geführt, dass von 25 gemeldeten Behelfsheimen letztlich 5 Häuser auf Kosten der Stadt entsorgt wurden.

Nun müssen aber weitere Steinhäuser – auch weil sie wegen des Bauzustandes nicht mehr weiter genutzt werden können – abgerissen werden.

Deshalb ist es angemessen, dass sich die Landeshauptstadt München zumindest mit ca. 50 % an den Abrisskosten der Behelfsheime beteiligt.

gez.	gez.	gez.
Josef Schmid, Stadtrat	Otto Seidl	Hans Stadler
Fraktionsvorsitzender	Stadtrat	Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.wzim.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
11.07.2012

München tritt der Bürgerklage gegen ESM und Fiskalvertrag bei

Ich beantrage:

Die LHM, vertreten durch den Münchner Oberbürgermeister, tritt der vom Verein „Mehr Demokratie e.V.“ beim Bundesverfassungsgericht auf den Weg gebrachten „Bürgerklage“ zum ESM- und Fiskalvertrag bei.

Begründung:

Die am 29. Juni 2012, dem Tag der Bundestags-Abstimmung über den ESM, initiierte „Bürgerklage“ des Vereins „Mehr Demokratie“ hat eine Verfassungsbeschwerde zum ESM- und Fiskalvertrag „wegen Verfassungswidrigkeit der Zustimmungsgesetze“ zum Gegenstand. Dazu wurden eine einstweilige Anordnung und eine Klageschrift beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. In weiterer Folge zielt die Bürgerklage auf eine Änderung des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union ab.

Darüber hinaus setzt sich die Initiative „Mehr Demokratie“ für die baldige Einberufung eines Konvents über die Zukunft der EU ein.

Hintergrund der Bürgerklage ist der Umstand, daß durch den geplanten dauerhaften „Europäischen Stabilitätsmechanismus“ (ESM) unwiederbringlich Haushaltskompetenzen und Souveränitätsrechte des Bundestages nach Brüssel abgegeben werden. Das ESM-Ratifizierungsgesetz, das Bundestag und Bundesrat am 29.06.2012 verabschiedet haben, verletzt insbesondere das in Art. 20 Abs. 1 GG festgeschriebene Demokratie- und Sozialstaatsprinzip und verpfändet den deutschen Staatshaushalt als Deckungsmasse für die Schulden anderer europäischer Länder, ohne daß der Bundestag künftig noch nennenswerte Mitbestimmungsrechte hätte. Ifo-Präsident Hans-Werner Sinn brachte den Sachverhalt auf den Punkt, als er in einem Interview mit der Tageszeitung „Die Welt“ am 01.07.2012 erklärte:

„Es wurde ein Kesseltreiben veranstaltet. Um an unser Geld zu kommen, hat man Deutschland imperiale Gelüste vorgeworfen und uns den Haß der Völker

b.w.

prophezeit. (...) Jetzt können die Bürger, an deren Vermögen man will, nur noch auf das Verfassungsgericht hoffen.“

Von den finanziellen Auswirkungen eines Inkrafttretens des ESM ebenso wie des „Fiskalvertrages“ wären gerade die Kommunen in besonderer Weise betroffen, etwa durch ausbleibende Bundeszuschüsse, die künftig im Fall der Abschöpfung deutscher Haushaltsmittel durch den ESM nicht mehr zur Verfügung stünden. Von den grundsätzlichen verfassungs- und demokratiepolitischen Folgen des ESM abgesehen, läge eine Verhinderung durch das Bundesverfassungsgericht deshalb auch im ureigensten Interesse der LHM und ihrer Bürger. Die bayerische Landeshauptstadt wäre daher gut beraten, wenn sie der Bürgerklage des Vereins „Mehr Demokratie e.V.“ demonstrativ beiträte. Die Einreichung einer unterschriebenen Vollmacht (aus dem Internet herunterzuladen unter: http://www.verfassungsbeschwerde.eu/fileadmin/pdf/2012-05-29_Beschwerdeformular_Europakampagne.pdf) durch den Oberbürgermeister wäre hierfür ein weithin sichtbares Zeichen, das der Kampagne wichtigen Nachdruck verleihen könnte.

Weitere Unterschriften durch möglichst viele Mitglieder des Münchner Stadtrats wären wünschenswert.

Karl Richter
Stadtrat